

Von: Lambsdorff Alexander alexander.graflambsdorff@bundestag.de
Betreff: AW: Wahlprüfsteine
Datum: 3. September 2021 um 10:55
An: Lambsdorff Alexander alexander.graflambsdorff@bundestag.de
Kopie: Berger-Bonn@t-online.de



Sehr geehrte Frau Vornehm-Berger,

unten stehend darf ich Ihnen leider mit etwas Verspätung die Antworten von Alexander Lambsdorff schicken. Wir haben uns erlaubt, die Fragen 2, 3 und 5 zusammen zu beantworten.

###

1.) Was bedeutet für Sie das Bekenntnis der Bundesregierung vor der israelischen Knesset, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsraison?

Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat sind für uns Freie Demokraten Grundpfeiler einer liberalen Außen- und Sicherheitspolitik. Das bedeutet, dass Israels Recht auf Verteidigung seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes gegen islamistischen Terrorismus für uns selbstverständlich ist. Deutschland hat nach den Gräueltaten der Shoa eine besondere Verantwortung für den Staat Israel, damit jüdisches Leben endlich in staatlicher Souveränität gestaltet werden kann. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind heute freundschaftlich, fest und gut. Das ist nach dem zweiten Weltkrieg immer noch ein Wunder und wir sollten alles tun, um die Kooperation mit der einzigen Demokratie im Nahen Osten noch stärker auszubauen.

Die Fragen 2.), 3.), und 5.) werden zusammen beantwortet.

2.) Was werden Sie im Deutschen Bundestag unternehmen, damit die HAMAS, die in der EU als Terrororganisation eingestuft ist, in Deutschland verboten wird?

3.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die Muslimbruderschaft (MB) mit ihrem Verein "Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V." (DMG), die bis 2018 unter dem Namen "Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) firmierte, in Deutschland verboten wird?

5.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) verboten wird?

Die Instrumente des Vereins- und Betätigungsverbots bei Organisationen können dann erlassen werden, wenn eine Organisation gegen die Strafgesetze verstößt oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen wehrhaften demokratischen Rechtsstaat ein. Unter dieser Prämisse treten wir dafür ein, dass Vereine und Organisationen, die Radikalisierung und Gewalt bspw. mittels islamistischer Bildungsangebote vorbereiten, konsequent verboten werden. Moscheen, in denen islamistisches Gedankengut gelehrt wird, müssen beobachtet und, wenn möglich, geschlossen werden. Diese Haltung hat die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten im Jahr 2020 in einem Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (vgl. BT-Drucksache 19/24369). Die HAMAS verübt Gewalttaten gegenüber Israel und israelischen Staatsbürgern und beeinträchtigt dadurch die friedliche Verständigung des israelischen und des palästinensischen Volkes. Damit ist die Hamas eine Vereinigung, deren Zweck sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Das Bundesverwaltungsgericht hat dies bereits im Jahr 2004 erstmals festgestellt (BVerwG, Urteil vom 3. 12. 2004 - 6 A 10/02, NVwZ 2005, 1435 (1436 ff.)). In der vergangenen Wahlperiode hat die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten die Bundesregierung daher aufgefordert, ein Betätigungsverbot gegen die

Demokraten die Bundesregierung daher aufgefordert, ein Betätigungsverbot gegen die HAMAS zu erlassen (vgl. BT-Drucksache 19/30992). Auch die Aktivitäten der Muslimbruderschaft (MB) sowie des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) waren mehrfach Gegenstand parlamentarischer Aktivitäten der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten (vgl. etwa BT-Drucksachen 19/4118, 19/8298, 19/23025).

4.) Werden Sie angesichts der jüngsten Erfahrungen mit dem iranischen Regime, das den Atomvertrag JCPOA bricht und seinen Vernichtungsantisemitismus wiederholt durch vielfältiges Terrorsponsoring umsetzt, darauf hinwirken, dass die bisher offenbar zu wohlwollende Politik Deutschlands gegenüber diesem Regime verschärft wird?

Die regelmäßigen antisemitischen Hassbotschaften des iranischen obersten Führers Ayatollah Chamenei verurteilen wir Freien Demokraten auf das Schärfste. Außerdem bereiten die Berichte der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) über die Weiterentwicklung des iranischen Atomprogramms zunehmend Sorge. Deutschland muss sich gemeinsam mit den Vertragspartnern des JCPOA gegenüber Teheran dafür einsetzen, dass die ausgesetzten Gespräche für eine Wiederbelebung des Atomabkommens in Wien schnellstmöglich wieder aufgenommen werden. In den Gesprächen ist es auch wichtig eine Perspektive zu eröffnen, um über die Bedrohung durch das iranische Raketenprogramm und seiner destruktiven Rolle in der Region in Verhandlungen zu treten. Ziel muss es sein, die aggressive Regionalpolitik des Landes und die Unterstützung von antiisraelischen Terrororganisationen wie der Hisbollah und Palästinensischem Islamischen Dschihad (PID) zu beenden. Zum verstärkten Einsatz für Sicherheit im Nahen Osten haben die Freien Demokraten auf ihrem jüngsten Bundesparteitag einen Beschluss verabschiedet (vgl. "Deutschlands historischer Verantwortung für Israel gerecht werden - verstärkter Einsatz für Sicherheit im Nahen Osten und eine dauerhafte Friedensordnung" <[https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-05-13_BuVo_Deutschlands%20historischer%20Verantwortung%20f%C3%BCr%20Israel%20gerecht%20werden.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-05/2021_05-13_BuVo_Deutschlands%20historischer%20Verantwortung%20f%C3%BCr%20Israel%20gerecht%20werden.pdf)

6.) Wie werden Sie im Deutschen Bundestag darauf hinwirken, dass gegenüber dem iranischen Regime angesichts der bis zu 60 % hohen Anreicherung von Uran bei den erneuerten JCPOA-Verhandlungen Konsequenzen gezogen werden?

Wir Freie Demokraten sehen es als zwingend notwendig für eine Wiederbelebung des Nuklearabkommens mit dem Iran an, dass das Land zur vollständigen Einhaltung seiner Verpflichtungen zurückkehrt und die vereinbarten Überwachungsmechanismen bestehen bleiben. Gleichzeitig müssen die Verhandlungen aber auch dazu dienen, verbindliche Zusagen des Iran über Begrenzungen und Kontrolle des iranischen Raketenprogramms zu erhalten.

7.) Die Stadt Bonn pflegt seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen zu der Stadt Tel Aviv-Jafo. Wie würden Sie sich - in Absprache mit der Stadt Bonn - einbringen, um diese Freundschaft zu befördern und zu vertiefen?

Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und teilt Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Deutschland. Gerade Tel Aviv ist eine junge, wirtschaftlich starke Stadt mit einem dynamischen Start-Up-Sektor, Universitäten und einer innovativen IT-Branche. Hier gibt es viele Anknüpfungspunkte mit der Stadt Bonn, die ebenfalls Universitätsstadt ist, aber auch Heimatstadt des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), des Kommandos Cyber- und Informationsraum (CIR) der Bundeswehr und der Telekom. Vor diesem Hintergrund können beide Seiten besonders von einer Verstärkung des Austauschs insbesondere im Innovationsbereich profitieren. Grundsätzlich unterstütze ich den

regelmäßigen und viertägigen Kontakt der Bürgerinnen und Bürger unserer Länder und insbesondere der Jugend. Wir Freie Demokraten wollen deswegen den Jugendaustausch zwischen Israel und Deutschland vertiefen und endlich die Gründung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes realisieren.

8.) Welche Initiativen würden Sie ergreifen, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Kinder in Schulen mit terroristischen Rollenvorbildern (wie zum Beispiel der verherrlichenden Abbildung der Terroristin Dalal Mougrabi in einem Schulbuch) antisemitisch, menschenverachtend und Terror verherrlichend zu erziehen?

Wir Freie Demokraten lehnen jede Form der Verherrlichung von Gewalt, Hetze und Antisemitismus entschieden ab und setzen uns dafür ein, dass Schulmaterialien mit derartigen Inhalten nicht zum Einsatz kommen. Die Bereitstellung von qualitativ hochwertiger, integrativer Bildung ist aus unserer Sicht von entscheidender Bedeutung und kann auch einen Beitrag zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess leisten. Wiederholte Berichte über antisemitische Inhalte in den Schulbüchern der palästinensischen Autonomiebehörde sind deswegen besorgniserregend. Als einer der größten Geldgeber sowohl der palästinensischen Autonomiebehörde, als auch der UNRWA, muss die Bundesregierung hier Einfluss nehmen und ihrer besonderen Verantwortung gegenüber Israel gerecht werden.

Die Tatsache, dass UNRWA auf die Lehr- und Lernmaterialien des jeweiligen Gastlandes, angewiesen ist, bringt dabei zusätzliche Herausforderungen mit sich und erfordert eine Reform der Zusammenarbeit von UNRWA, den Gastländern und den Gebern. Insbesondere wird es darum gehen, einen regelmäßigen und unabhängigen Monitoringprozess einzurichten, um Fehlentwicklungen schnell entgegenwirken zu können und eine Verwendung von Schulmaterialien, die Gewalt, Hetze und die Glorifizierung von Terrorismus und Antisemitismus beinhalten, ausschließen zu können. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat sich hierzu mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung gewendet (vgl. "Prüfung von potentiell Antisemitismus im palästinensischen Bildungssystem" <<https://dserver.bundestag.de/btd/19/268/1926853.pdf>> BT-Drs. 19/26511).

9.) Welche Initiativen werden Sie in den Deutschen Bundestag einbringen, damit die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO nicht mehr Terroranschläge gegen Juden mit monatlichen Terror-/ Märtyrerrenten honorieren?

Das System der sogenannten Märtyrerrenten stellt nach wie vor eine Hürde für die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern dar und unterläuft das palästinensische Versprechen gegen Terror und Gewalt vorzugehen. Als einer der größten Geldgeber für die palästinensischen Gebiete tragen Deutschland und die EU eine besondere Verantwortung dafür, dass die Gelder an der richtigen Stelle ankommen und nicht für derartige Zwecke missbraucht werden. Auch hier müssen die europäischen Partner bessere Monitoring- und Kontrollprozesse einführen. Die Bundesregierung muss das Problem zusätzlich auch in institutionalisierten Gesprächsformaten wie dem deutsch-palästinensischen Lenkungsausschuss deutlich zur Sprache bringen.

Mit besten Grüßen,

Louisa Uslar

Louisa von Uslar
Persönliche Referentin und Büroleiterin
von Alexander Graf Lambsdorff MdB
Stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin
JKH 4751
+49 (0)30 227 78363
+49 (0)170 93 23 455
louisa.vonuslar@fdpbt.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Volker Berger und Brigitte Vornehm-Berger [<mailto:Berger-Bonn@t-online.de>]
Gesendet: Montag, 23. August 2021 12:00
An: Denise Kopmann - Büro Alexander Graf Lambsdorff MdB
<alexander.graflambsdorff.ma03@bundestag.de>; Graf Lambsdorff Alexander
<alexander.lambsdorff@fdp.de>; Lambsdorff Alexander
<alexander.graflambsdorff@bundestag.de>
Betreff: Re: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Graf Lambsdorff, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

mit E-Mail vom 28. Juni 2021 habe ich Ihnen im Auftrag der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Bonn (DIG e. V., AG Bonn) eine Anfrage mit Wahlprüfsteinen übersandt.. Hiermit erlaube ich mir, Sie höflichst anzufragen, ob wir in den nächsten Tagen mit Ihren Antworten rechnen dürfen. Die Phase der Briefwahl hat begonnen, weshalb wir Ihre Stellungnahme möglichst zeitnah unseren Mitgliedern übersenden wollen, damit sie sich ein Bild über die Positionen der Wahlkreisandidaten zu den Problemen machen können, die für sie eine große Bedeutung haben.

Im Jahr 2017 waren Sie so freundlich, unsere Wahlprüfsteine ausführlich zu beantworten. Die politische Lage unterliegt allerdings ständigen Veränderungen. Darum wären wir Ihnen dankbar, wenn sie auch vor dieser Wahl unsere erneuten Fragen beizeiten beantworten würden.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Vornehm-Berger
(Mitglied im Vorstand der DIG-AG Bonn)

Am 28.06.2021 um 15:15 schrieb Volker Berger und Brigitte Vornehm-Berger <Berger-Bonn@t-online.de> <<mailto:Berger-Bonn@t-online.de>> >:

Herrn

Alexander Graf Lambsdorff, MdB

Kandidat der FDP für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Graf Lambsdorff, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag, für den Sie sich von der Partei FDP erneut als Kandidat haben aufstellen lassen, stehen vor der Tür. Wir würden gern die Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Arbeitsgemeinschaft Bonn, über Ihre Einstellung zum Thema Israel und zum Thema Antisemitismus informieren und haben einen entsprechenden Fragenkatalog zusammengestellt, der beiliegt.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns rechtzeitig vor der Bundestagswahl, möglichst bis zum

15. August 2021

die Antworten auf unsere neun Fragen übersenden würden. Dieser Termin gäbe uns die Chance, auch denjenigen unserer Mitglieder, die sich für Briefwahl entscheiden, Ihre Antworten rechtzeitig zu schicken..

Wir möchten außerdem Ihre Positionen den örtlichen Medien per Pressemitteilung zur Kenntnis bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Vorstandes der DIG AG Bonn

Brigitte Vornehm-Berger

<Fragen Kopfbogen.docx>

